

Unruhen in Kolumbien entzünden sich an zerstörerischem Saatgutrecht

Entsprechend dem Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA (und auch mit der EU) hat sich Kolumbien verpflichtet die geistigen Eigentumsrechte, d.h. auch Patentrechte auf Pflanzen, anzuerkennen und durchzusetzen. Wenn eine Pflanze patentiert ist, dann darf sie niemand aufheben, wiederverwenden, verkaufen und auch nicht tauschen, ohne die Erlaubnis des Eigentümers.

Daraufhin erließ das Instituto Colombiana Agraria (ICA) die Resolution 970, von der ca. 3,5 Mio. Bauern-Familien betroffen sind. Die Resolution 970 besagt, dass nur zertifiziertes Saatgut für den Anbau in Kolumbien zugelassen ist. Zertifizieren lassen muss man eine Sorte beim ICA. Doch das kann man nur machen, wenn man auch als Züchter offiziell bei der ICA registriert ist.

Die Anforderungen an eine Registrierung sind hoch und aus mehreren Gründen im Normalfall für kolumbianische Kleinbauern mit einer eigenen Hofsorte nicht zu leisten. 1.) Die traditionellen Sorten entsprechen in der Regel nicht den vorgegebenen Sortenkriterien wie Homogenität und Stabilität. Im Gegenteil: die traditionellen Sorten zeichnen sich gerade durch ihre Variabilität und dadurch Anpassungsfähigkeit aus. 2.) Der bürokratische Aufwand ist zu groß und 3.) ist das ganze Prozedere zu teuer. Aktuell sind nur 8% der registrierten Sorten von kolumbianischen Züchtern oder Firmen angemeldet, das meiste Saatgut kommt von den US-amerikanischen Firmen Monsanto und DuPont.

Die Bevölkerung wurde nur über die Webseite des ICA über das in Kraft treten der Resolution 970 informiert. Bereits 2010 trat dann die ICA zum ersten mal in Aktion und beschlagnahmte in Campoalegre, dem wichtigsten Reisanbaugebiet von Kolumbien, über 70 Tonnen Reis-Saatgut. Die über 20 betroffenen Reisanbauern-Familien waren komplett überrumpelt. Seit Generationen, schon immer, bewahren sie von der Ernte die besten Körner als Saatgut für das nächste Jahr auf oder tauschen es mit Nachbarn. Und plötzlich ist das verboten. Das Saatgut ist beschlagnahmt, ihnen drohen Geld- und sogar mehrjährige Gefängnis-Strafen.

Seit 2010 sind nach Angaben des Films „970“ (http://www.youtube.com/watch?v=kZWAqS-El_g) über 2200 Tonnen Reissaatgut beschlagnahmt und davon fast die Hälfte sogar zerstört worden, so wie das auch mit anderen sogenannten „Piraterie“-Produkten passiert, z.B. mit Musik und Video-DVDs.

Zur Strategie der ICA-Angestellten gehörte es, mit Unterstützung der Polizei (eher Robo-Cops) als Erstes

zu den Saatgut-Trocknern und Reinigern zu gehen und sie unter Druck zu setzen. In der Regel kann ein Reisbauer sein Saatgut selbst nicht gut trocknen und reinigen. Dafür sind Maschinen nötig, die die Saatgut-Trockner und Reiniger haben. Dort befindet sich viel Saatgut auf einem Haufen (praktisch für eine Beschlagnahme) und die Namen und Adressen der Bauern, die das Saatgut gebracht haben (und die man kriminalisieren will). Auch die Saatgut-Trockner und Reiniger wurden angezeigt: nicht-zertifiziertes Saatgut zu trocknen und zu reinigen stellt eine Beteiligung an einer kriminellen Tätigkeit dar.

Diese ganze Geschichte wird in dem Film „970“ erzählt. Viele Kolumbianer haben ihn im Internet gesehen und darüber diskutiert. Der Umgang mit dem Saatgutthema und den Bauern hat viel Empörung und totales Unverständnis ausgelöst. Dies war ein wichtiger Mobilisierungsfaktor für den Aufstand der kolumbianischen Bauern im Juni 2013 und für die große Solidarisierung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen. Am 19. August sind die kolumbianischen Bauern in einen landesweiten Streik getreten. Sie blockierten die Straßen, kippen Milch auf Autos und sie stoppten quasi die Nahrungsmittelproduktion für die Städte, denn die Regierungspolitik bedroht Kleinbauern an vielen Punkten in ihrer Existenz.

Aufgrund der starken Proteste hat die kolumbianische Regierung am 6. September angekündigt, die „Resolution 970“ auszusetzen. Allerdings nur für zwei Jahre und nur in Bezug auf einheimisches Saatgut, keine Importe. Angeblich will die Regierung in dieser Zeit ein Gesetz entwerfen, „das Kleinbauern nicht trifft“. Dies ist noch keine Änderung der Politik, sondern lediglich eine mündliche Ankündigung der Regierung – die Menschen warten jetzt auf ein geschriebenes Dokument mit rechtlicher Wirkung, und fordern weiterhin, die Resolution 970 zu widerrufen.

Nachtrag

Die angebauten Pflanzen in Europa sind in der Regel nicht patentiert, sondern „nur“ sortengeschützt. Landwirte dürfen von sortengeschützten Sorten Saatgut aufbewahren und im nächsten Jahr wiederverwenden. Allerdings will die Saatgutindustrie flächendeckende Nachbaugebühren durchsetzen. D.h. für das verwenden der eigenen Ernte als Saatgut muss eine Gebühr gezahlt werden, wenn die Sorte geschützt ist. In Deutschland und Europa kämpfen kritische Bäuerinnen und Bauern gegen diese Nachbaugebühren und haben dazu die „IG Nachbau“ gegründet.